

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:  
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-  
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,  
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-  
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich  
DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:  
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

8. Juni 1968 - 46 / 11  
Einzelpreis DM 0.75

## SPD: TRITT WEHNER DOCH NOCH ZURÜCK ?

Das von einigen Journalisten als "erfolgreiches Rückzugsgefecht Wehners" bezeichnete Revirement in der Bonner SPD-Vorstandsbaracke ist die Einleitung der völligen Entmachtung Herbert Wehners. Aus der unmittelbaren Umgebung des stellvertretenden Parteivorsitzenden ist zu hören, daß er sich neuerdings wieder mit Rücktrittsabsichten von seinem Parteiamt trägt. Kaschiert werden würde es damit, daß sich Wehner "jetzt ganz der gesamtdeutschen Politik widmen wird, da ein Generalsekretär nun seine Parteiarbeit übernommen hat". Wehner mußte bei der letzten Vorstandssitzung bis auf das Organisationsreferat alle Ressorts im Vorstand abgeben; das Organisationsreferat wird er nach dem Eintritt des derzeitigen Ministers Wischniewski als Bundesgeschäftsführer auch nur noch nominell leiten. Wischniewskis Berufung habe, so Bonner Informanten, nämlich zwei Seiten: Die sachliche und die personelle. Sachlich war Wehner durchaus bereit, einen Generalsekretär zu akzeptieren - es hätte jedoch ein Mann seiner Wahl sein müssen. Wischniewski aber ist ein Mann Heinz Kühns, der sich immer mehr zum offenen Gegenspieler Wehners entwickelt und dabei Brandt in den Hintergrund treten läßt. Kühn hat sich zur Offensive entschlossen, da er nicht gewillt ist, sein Ministerpräsidentenamt in Düsseldorf "auf dem Altar Wehnerscher Fehleinschätzungen zu opfern", wie sich der Atheist Kühn einmal ausdrückte. Kühns Ansichten über eine nach links offene Volkspartei wird demnächst in einer von der NRW-Parteiorganisation finanzierten Broschüre verbreitet (Auflage eine halbe Million). "Was da drinsteht", hört man aus Düsseldorf, "denkt sowieso die Mehrheit der Partei. Man muß es nur mal ganz offen sagen."

## SPD WESTBERLIN: UNBEHAGEN ÜBER DIE ETABLIERTE LINKE

Nach dem Landesparteitag der Westberliner SPD ist der Unwillen der Jungen Linken gegenüber der etablierten Linken offen zum Ausbruch gekommen. Am späten Freitagabend wurde im "Plenum" der Jungen Linken eine "offensive Linie" festgelegt. Das Verhalten einiger Linker auf dem Parteitag wird scharf kritisiert. So verließ Tiergartens Bürgermeister Karnatz, der in den Landesvorstand gewählt wurde, vor den entscheidenden Sachabstimmungen den Parteitag, um nicht zu einer Entscheidung gezwungen zu werden. Tiergartens Vorsitzender Wurche schützte eine Reise vor, um an den Abstimmungen nicht teilnehmen zu müssen. Der Kreuzberger Kreisvorsitzende Franz Meyer zog, als seine Wahl in den Landesvorstand gesichert war, einen "linken Antrag" aus Kreuzberg zurück. Andere etablierte Linke zogen es vor, ihre eigenen Anträge nicht zu vertreten und den Parteitag am zweiten Tag ohne Begründung zu verlassen. Die Junge Linke betrachtet das Taktieren des Donnerstagkreises mit zunehmendem Mißmut: Dort hat man beschlossen, sich in der nächsten Zeit ins "Mauseloch zurückzuziehen", um den Parteivorstand nicht zu provozieren. Zahlreiche Junge Linke sind dagegen der Meinung, daß der "Maulkorbbeschuß" des Landesparteitages, der nur eine knappe Mehrheit fand, ignoriert werden müsse, um unwirksam gemacht zu werden. Die Junge Linke rechnet damit, daß ein "Kerntrupp" von etwa 750 Mitgliedern zu einer solchen Linie stehen würde; wenn die SPD sie ausschliesse, verlöre sie den aktiven Kern der Partei in Westberlin.

#### ÜBERFALL AUF DEN SDS: VON DER NPD VOLL GEDECKT

Innerhalb der Ein-Dutzend-Mann-Schlägertruppe, die das SDS-Büro am Kurfürstendamm und eine Basisgruppe in Moabit überfallen haben, ist es zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Einzelne Mitglieder der Gruppe haben vor der Polizei belastende Aussagen gemacht - sie werden von anderen nun des "Verrats an nationalen Zielen" geziehen. Bis auf einen gehören alle Mitglieder der Gruppe der NPD an. Der NPD-Landesvorstand befürchtet, daß im Laufe der weiteren polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen herauskommt, daß die "Aktion" vom NPD-Landesvorstand gedeckt worden ist. Inzwischen hat der Bundesvorstand der NPD den "Aktenvorgang", der beim NPD-Landesvorstand liegt, angefordert, um "Konsequenzen zu ziehen". Es kann erwartet werden, daß die Gruppe aus der NPD und auch aus der der NPD nahestehenden Jugendgruppe ausgeschlossen wird, um in der Öffentlichkeit das "demokratische Image der NPD" zu heben. Die NPD wird den Schlägern jedoch einen Anwalt stellen.

#### SOWJETUNION: SYMPATHIEKUNDGEBUNG FÜR DUTSCHKE UND COHN-BENDIT

Entgegen Berichten westlicher Presseorgane, nach denen die Studentenfürher Westeuropas in der UdSSR "nicht oder nur abfällig erwähnt" würden, erklären Westberliner Reisende, die in dieser Woche aus der UdSSR zurückkehren: Sowjetische Zeitungen berichten in großer Aufmachung über die studentischen Protestaktionen. In der Ukraine fand vorletzte Woche ein Allunionstreffen des sowjetischen Jugendverbandes statt, zu dessen Beginn die Delegierten der Mordanschläge auf Martin-Luther King und Rudi Dutschke gedachten und das Einreiseverbot für den französischen Studentenfürher Cohn-Bendit scharf verurteilten. Die studentische Jugend Westeuropas wurde der Sympathie der sowjetischen Jugend versichert.

#### SENDER FREIES BERLIN: ANGST VOR APO-PARTISANEN

Aus Angst vor "Partisanen-Trupps" der Außerparlamentarischen Opposition, die das Haus des Rundfunks in der Masurenallee besetzen könnten, sind jetzt beim SFB besondere Sicherungsmaßnahmen getroffen worden. In der Nacht sind die Eingangstüren durch Sperrgitter gesichert. Mitarbeiter aus der Nachtschicht kommen nur auf Klopfzeichen herein, wenn sie ihren Hausausweis vorzeigen. Außerdem ist der Sendetrakt im ersten Stock (in nördlicher Richtung, zur Bredtschneiderstraße hin) auf beiden Seiten stets abgeschlossen. Die Sprecher und Techniker sowie der Leiter vom Dienst sitzen dort in einem selbstgewählten Getto. Wenn jemand hineinwill, muß er sich erst im Hauptschalt-raum melden. Will jemand hinaus, beispielsweise um die außerhalb des Trakts liegende Toiletten aufzusuchen, so wird ihm auf Antrag beim LvD (Leiter vom Dienst) der einzige zur Verfügung stehende Schlüssel ausgehändigt. Er muß die Tür beim Verlassen des Trakts von außen abschließen. In dieser Zeit sind die übrigen "Insassen" des Trakts echte Gefangene: Sie können ihn erst wieder verlassen, wenn der Schlüssel zurückkommt.

#### BUNDESREPUBLIK: KEIN ASYLRECHT FÜR VERFOLGTE GRIECHEN

In einem Bescheid hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge einem 28jährigen in Westberlin lebenden Griechen das Asylrecht verweigert, obwohl er - so das Bundesamt - "mit Recht befürchten muß, dort (in Griechenland) wegen seiner politischen Tätigkeit in Griechenland und Deutschland bestraft zu werden". Der 28jährige Student der FU ist mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet, sie haben eine Tochter. Er war während seines Deutschlandaufenthaltes u. a. Landesvorstandsmitglied des Berliner SDS, 1. Vorsitzender der Gemeinschaft der Griechen in Berlin, des Vereins griechischer Studenten und Akademiker, Redakteur und Korrespondent der Zeitung für die "Auslandsgriechen", "I Patrida" (der in Griechenland verfolgten "Einheitlich Linken Partei EDA" nahestehend) sowie Sekretär des Clubs der Freunde der "EDA" in Westberlin. Bei einem Aufenthalt in seiner Heimat vom Juli 1965 bis Juni 1966 war er als Direktionsassistent eines "EDA"-Verlages tätig. Alle anderen leitenden Angehörigen dieses Verlages befinden sich heute in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge machte sich die Argumente des grie-

chischen Militärregimes zu eigen und erklärte: "Der Antragsteller hat als Mitarbeiter der EDA, die eine Tarnorganisation der griechischen kommunistischen Partei ist, bewußt gegen die demokratische Ordnung in Griechenland gearbeitet und hat diese Tätigkeit nach dem Verlassen Griechenlands bis heute fortgesetzt." Das Bundesamt legt die Genfer Konvention zum Schutz politischer Flüchtlinge eigenwillig aus: "Sie dient nicht dazu, Flüchtlingen, die gegen die demokratische Ordnung in ihrem Heimatland verstoßen, in der BRD ihren Schutz angedeihen zu lassen oder sogar ihre kommunistischen Umtriebe zu unterstützen oder zu fördern. Flüchtlinge, die in diesem Sinne gegen die Gesetze ihres Heimatlandes verstoßen, können nicht erwarten, in ihrem Zufluchtsland Aufnahme und Schutz zu finden." Somit muß der griechische Student nach dem Willen des Bundesamtes zurückkehren, um dort "wegen seiner politischen Tätigkeit... bestraft zu werden". Abschließend heißt es in diesem Beschluß: "Das minderjährige Kind des Antragstellers teilt rechtlich das Los seines Vaters."

In einem anderen Fall verweigerte die Fremdenpolizei in Westberlin einem griechischen Musikhistoriker, der im Blanvalet-Verlag als Berater für griechische Literatur und musikalisches Schrifttum tätig war, die weitere Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Dem Wissenschaftler, der in Westberlin studiert hatte und aus politischen Gründen nicht in seine Heimat zurückkehren will, wurde mitgeteilt: "An Ihrer weiteren Anwesenheit zu Erwerbszwecken besteht kein öffentliches Interesse." Diese Entscheidung "hat zur Folge, daß Sie das Bundesgebiet verlassen müssen."

#### BRIEFE AN DUTSCHKE: AUSWAHL ERSCHEINT IN KÜRZE

Aus den über 2000 Briefen an Rudi Dutschke, die er während seines Aufenthaltes im Westend-Krankenhaus unmittelbar nach dem Mordanschlag auf ihn erhalten hat, wurden vom Westberliner Schriftsteller Stefan Reisner etwa 200 ausgewählt, die noch in diesem Sommer als Voltaire-Flugschrift mit einem Vorwort von Dutschke und einem Nachwort von Reisner erscheinen sollen. Um einen Vorabdruck der Sammlung hat, ebenso wie nach den Briefen an den Dutschke-Attentäter Bachmann, ein Run der Illustrierten und Nachrichtenmagazine eingesetzt. Ernsthaft bemühen sich um die Rechte an diesen Briefen beispielsweise der "stern" und der "Spiegel". Rudi Dutschke wird in der kommenden Woche aus dem Krankenhaus entlassen werden. Er überarbeitet zur Zeit die Ausgabe der Briefe an ihn. Wo Rudi Dutschke seinen Genesungsurlaub verbringen wird, steht noch nicht fest: er hat zahlreiche Einladungen aus dem In- und Ausland erhalten, u. a. aus den USA und der CSSR.

#### WITZ DER WOCHE

Springers Intelligenz-Blatt "Die Welt" verstand Prof. Habermas anläßlich seiner Frankfurter Universitätsrede, in der er sich mit den Aktivitäten der Studenten kritisch auseinandersetzte, wohl absichtlich falsch. Habermas hatte gewisse Aktivitäten der Studenten als "narzißtische Befriedigungen" verstanden wissen wollen. Die "Welt" machte sowohl in einem Kommentar auf Seite 2 als auch in einem Bericht auf Seite 5 daraus: "nazistische Befriedigungen".

#### ZWIEGESPRÄCH DER WOCHE

Anti-Notstands-Demonstration auf dem Kurfürstendamm am 29. Mai, Gespräch zwischen einem 60jährigen Autofahrer und einem Polizisten. Der Autofahrer hielt den Wagen an, da auf der Straße Demonstranten saßen. Schupo: "Fahren Sie doch weiter!" Der Fahrer: "Das sind Menschen!" Schupo-Offizier: "Fahren Sie weiter, sonst kommen Sie wegen Verkehrsbehinderung dran!"

#### VERANSTALTUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNABEND, 8. Juni, 20 Uhr: Ernst S. Steffen aus Heilbronn liest Lyrik, die er in sechseinhalb Haftjahren schrieb. Er wird eingeführt von F. C. Delius.

MONTAG, 10. Juni, 20 Uhr: Louise Braun und K. W. Hüsches, soeben aus Paris zurückgekehrt, berichten über die gegenwärtige Situation in Frankreich.

MITTWOCH, 12. Juni, 20 Uhr: Prof. Gajo Petrovich spricht zur "ideologischen Situation

#### DANK AUS PARIS: WESTBERLINER SPENDE ANGEKOMMEN

Das Pariser Aktionskomitee der revolutionären Studenten hat mit einer herzlichen Grußadresse für die Spende der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition in Höhe von insgesamt DM 4200 gedankt. Ein Teil des Geldes wurde in bar ausgehändigt, für einen anderen Teil wurden Funksprechgeräte und Benzin gekauft und über Belgien nach Frankreich geschafft - bekanntlich war es während des Streiks unmöglich, Benzin zu bekommen. Die Hilfe aus Westberlin ist die einzige größere Spende, die die französischen Genossen erhalten haben, heißt es in dem Brief aus Paris. Ferner wird mitgeteilt, daß eine "genaue Abrechnung vorgenommen wird, in die man jederzeit Einblick nehmen kann", um sicherzustellen, daß das Geld vernünftig verwendet wird.

#### NOTSTANDSGESETZE: SIE SAGTEN NEIN

EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend die Liste der SPD-Abgeordneten, die in dritter und letzter Lesung im Bundestag gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gestimmt haben. Von der FDP stimmten alle Abgeordneten mit Ausnahme von Spitzmüller und Mießner mit nein. Von der SPD stimmten mit "nein": Luise Albertz, Walter Arendt, Heinrich Auge, Harri Bading, Willi Bäuerle, Dr. Hans Bardens, Dr. Alfons Bayerl, Dr. Karl Bechert, Walter Behrendt, Günter Biermann, Peter Blachstein, Eberhard Brünen, Hermann Buschfort, Wilhelm Dröscher, Günther Eckerland, Gerhard Flämig, Erwin Folger, Brigitte Freyh, Hans Geiger, Hans Gertzen, Kurt Gscheidle, Fritz Wilhelm Hör auf, Dr. Hans Ils, Heinrich Junker, Rudolf Kaffka, Arthur Killat, Dr. Gerhard Koch, Jakob Koenen, Richard Kohlberger, Herbert Kriedemann, Helmut Lenders, Josef Löbber, Franz Marx, Hans Matthöfer, Wilhelm Michels, Willi Müller, Dr. Hans Muthling, Georg Neemann, Peter Nellen, Willi Peiter, Dr. Friedrich Rau, Wilhelm Reitz, Kurt Roß, Fritz Sänger, Hildegard Schimschok, Walter Schmidt, Alois Strohmayer, Harry Tallert, Erwin Welke, Helene Wessel, Johann Wuwer, Franz Josef Zebisch.

#### TELEFONÜBERWACHUNG: SCHON LANGE VOR NOTSTANDSGESETZGEBUNG

Der politisch-literarische Club Voltaire in Stuttgart hat erklärt, "nach uns zugegangenen Informationen findet eine Überwachung folgender Telefone innerhalb des Ortsnetzes Stuttgart statt": 76 46 71, 64 19 95, 91 83 881, 24 01 31, 41 56 00, 41 13 68, 27 68 37, 56 32 23, 61 91 57, 87 30 15, 63 13 64, 62 67 44, Zu den Anschlußinhabern gehört die Sozialistische Jugend Deutschlands - die Falken, das Stuttgarter Redaktionsbüro des "Spiegel" und der Vorsitzende der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in Stuttgart, Uli Röhm. Weitere Nummern-Inhaber sollen sich melden.

#### REVANCHISTEN-PROGRAMMATIK: MORGENPOST UND VON THADDEN

Das Programm im Sommersemester des "Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes - Studentenbund Ostpreußen", eingeleitet mit einem nationalistischen Bismarckzitat, weist u. a. folgende Veranstaltungen auf: "Linke Verschwörung gegen die Demokratie" - Referent Walter Brückmann von der Springerschen "Berliner Morgenpost", anschließend Besichtigung des Springer-Hauses; "Der deutsche Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert" - Referent der FU-Rechtsaußen Prof. Kotowski; "Die Ostpolitik der NPD" - Referent der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden; "Das Südtirolproblem" - Referent ein Ernst Holder; "Betreibt das Fernsehen Meinungsmache?" - als Referent ist "N. N." angegeben.

#### 1. MAI 1969: ANWEISUNG FÜR JUBEL-SOZIS

Westberlins Sozialdemokraten sorgen sich nach dem Debakel beim diesjährigen Ersten Mai schon um den 1. Mai 1969. Die Diskussion ist in vollem Gange. Besonders wertvoll erscheint der Vorschlag des Genossen Jürgen Zelder von der Abteilung 2 der Wilmersdorfer SPD, der im Wilmersdorfer Parteiorgan schreibt: "Jede Abteilung stellt eine Gruppe von wenigstens zehn Genossen, die an den Knotenpunkten stehen, für Begeisterung sorgen, wenn die SPD vorbeimarschiert, und sich nach dem Vorbeimarsch in den Zug einreihen. Wir brauchen zwei Kapellen, damit wir ständig mit Musik marschieren und dadurch die Aufmerksamkeit der am Rande Stehenden auf uns lenken. Der nächste 1. Mai muß eine machtvolle Demonstration unserer Partei werden."

EINE REDE VON KLAUS SCHÜTZ / RANDBEMERKUNGEN von WALTER BARTHEL (III)

In seiner Antrittsrede als Regierender Bürgermeister beteuerte Klaus Schütz vor dem Abgeordnetenhaus: Berlin bleibt dort, wo Ernst Reuter es hingestellt hat! Inzwischen sind dem Regierenden doch noch ein paar Gedanken in dieser Sache zugewachsen. Vor dem SPD-Landesparteitag im Mai 1968 meinte der Mattick-Nachfolger: "Berlin kann seine Hoffnung nicht aus der Tagespolitik schöpfen. Wir müssen uns hier auf längere Zeiträume einstellen. Und das macht eine konsequente Zukunftsorientierung noch wichtiger als dies an anderen Plätzen notwendig ist. Nur Berlin muß, kann und wird auch heute und morgen leben. Und auch dafür müssen wir eigene Beiträge leisten."

Man sucht vergebens nach solchen Beiträgen bei Klaus Schütz. Die "konsequente Zukunftsorientierung" ist bei ihm nur Verlegenheits-Rhetorik. Unter den 800 Schreibmaschinenzeilen der Schütz'schen Parteitagsrede findet sich nicht ein einziger Satz mit einer konkreten Aussage darüber, wie er sich die Zukunft der Stadt vorstellt. Seine "Programmatische" kommt nirgendwo über solche Floskeln hinaus: "Wichtiger ist, daß wir uns neuen Gedanken gegenüber offenhalten, und daß wir in unserer Tagesarbeit zeigen, daß die Partei, das Abgeordnetenhaus und der Senat weiter in der Lage sind und die Kraft haben, Veränderungen gerade dann vorzunehmen, bevor sie sich als überfällig erweisen." Und: "Hier (in Westberlin) müssen wir modellhaft zeigen, wie eine an der Zukunft orientierte Politik aussieht."

Aber Klaus Schütz zeigt es nicht, das Modell Westberlin, er unterbreitet noch nicht einmal Andeutungen. Er sagt nur, daß man ein Modell zeigen muß ... sofern man eines hat. Weder Klaus Schütz, noch sein Senat, noch seine Partei verbreiten auch nur einen Schimmer Vorstellung, wie es mit Westberlin in den nächsten 15, 20 Jahren weitergehen soll. Irgendein Papst soll einmal ausgerufen haben, wenn die Menschen nur wüßten, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird - und der Heilige Vater kannte noch nicht einmal unseren Senat!

Klaus Schütz, sein Senat und seine Partei verlassen sich allein darauf, daß die hier anwesenden Besatzungsmächte für die Aufrechterhaltung des Status quo sorgen werden, und daß Westberlin unter diesem Dach auf gute Zufälle warten kann. Insofern stehen Schütz & Genossen tatsächlich noch dort, wo Ernst Reuter sie hingestellt hat. Schon eine Volksfrontregierung in Paris könnte dieses Kartenhaus zum Einsturz bringen.

Sieht Klaus Schütz wenigstens Lösungen für die Wirtschaft der Stadt? "Es stimmt, daß unsere Arbeitnehmer für die nächste Zukunft nicht um ihre Arbeitsplätze zu bangen brauchen. Die Gefahr liegt nicht in Sorgen vor dem unmittelbaren Morgen. Die Gefahr liegt da, wo die kurzfristige Sicherheit zum Ruhekissen wird." Und an die Bundesregierung appellierend: "Wir können unserer Wirtschaft keine längere Periode der Unsicherheit zumuten. Jetzt werden die Investitionen für 1970-71 geplant und jetzt muß deshalb klar werden, wie das Berlinhilfegesetz nach 1970 aussieht. Denn was wir brauchen und haben wollen, ist nicht die Sicherung auf 18 Monate, auch dies ist gut, sondern die dauerhafte Sicherung der Zukunft für die Wirtschaft und damit für die Menschen der Stadt." Die Sicherheit der Westberliner Wirtschaftsentwicklung besteht für Klaus Schütz also fast ausschließlich in der Fortzahlung Bonner Finanzhilfen. Jedenfalls kommt er auf andere Perspektiven nicht zu sprechen.

Vielleicht orientiert Klaus Schütz die Zukunft Westberlins auf ein ganz neues Verhältnis zu Ostberlin? Vielleicht hat er längst erkannt, daß die Lebensfähigkeit der Stadt nicht an den Interessen jenes Staates vorbeigemogelt werden kann, inmitten dessen Territorium sie ohne eigene Zufahrtswege liegt? Vielleicht hat er Pläne in der Schublade, wie Westberlin wirtschafts- und finanzpolitisch in der Bundesrepublik integriert bleiben und dennoch staatsrechtlich weder ein Pfahl im Fleisch der DDR, noch auf unbestimmte Zeit Besatzungsgebiet sein soll?

Seine Antwort: "In den letzten Wochen und Monaten sind neue Akzente auf den Zufahrtswegen von und nach Berlin gesetzt worden... Vernünftige innerstädtische Regelungen sind nicht in Sicht, wie überhaupt die innerdeutschen Beziehungen auf dem Nullpunkt angelangt sind. Niemand kann das ändern als die Regierung in Ostberlin."

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE: Liegt es nur an Ulbricht?

## MOABIT VERHÄNGT STRAFE

EXTRA-Dienst-Redakteur Martin Buchholz, zur Zeit von der Kommune I als "Buchholzkopf" befehdet (siehe Seite 11), stand am Donnerstag wegen journalistischer Nothilfe für Fritz Teufel vor einem Moabiter Schöffengericht. Das Gericht bestätigte das Urteil eines Strafbefehls über 500 Mark ersatzweise 25 Tage Haft wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz. Buchholz hatte im Juli 67 als verantwortlicher Redakteur Aussagen und eine Skizze des Hauptbelastungszeugen im Teufel-Steinwurf-Verfahren aus den Ermittlungsakten veröffentlicht und somit den Nachweis geführt, daß diese belastenden Aussagen reine Erfindung der Polizisten waren. Das Gericht konnte der Auffassung des Verteidigers Schily nicht folgen, daß hier ein formaler Rechtsbruch (nämlich Verstoß gegen das Pressegesetz) in Kauf genommen werden müsse, um einen ungleich gewichtigeren Rechtsbruch, nämlich die Freiheitsberaubung und falsche Anschuldigung gegen Teufel, aufzudecken. Wenn auch Staatsanwalt und Richter dem Angeklagten "lautere Motive" unterstellten, so war ihnen doch klar, daß eine juristische Anerkennung dieser Motive, also ein Freispruch, gleichzeitig eine Verurteilung der politisierenden Justiz im Fall Teufel bedeuten würde: Also mußte Strafe sein... In seiner mündlichen Urteilsbegründung gab der Richter dem Redakteur den Tip, in Zukunft Skizzen aus Ermittlungsakten einfach selber nachzuzeichnen und sie dann zu dokumentieren.

## AHLERS BEKLAGT SICH

CONRAD AHLERS, stellvertretender Bundespressechef, hat zu unserer Meldung "Bundespresseamt: Spanischem Einfluß gebeugt?" (EXTRA-Dienst 42/II) eine Stellungnahme übersandt, in der zum eigentlichen Vorwurf, daß spanischer Einfluß maßgeblich gewesen ist, allerdings nicht Stellung genommen wird. Hier der Brief von Conny Ahlers: "Der in der Ausgabe des 'Berliner Extra Dienstes' vom 25. Mai 1968 veröffentlichte Beitrag 'Bundespresseamt: Spanischem Einfluß gebeugt?' enthält Behauptungen, die unzutreffend sind. Der mit der Redaktion der englischsprachigen Ausgabe des Bulletins des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung beauftragte Angestellte Klaus Poll ist im Oktober 1967 nicht entlassen worden. Herr Poll wurde vielmehr mit Wirkung ab 15. November 1967 im Rahmen einer Umbesetzung innerhalb der Auslandsabteilung als Hilfsreferent in das Amerika-Referat versetzt. Derartige Umbesetzungen sind bei Bediensteten der Auslandsabteilung die Regel, damit ihnen Erfahrungen auf verschiedenen Arbeitsgebieten für eine evtl. Verwendung als Pressereferent im Ausland vermittelt werden können. Unrichtig ist auch, wenn Sie den Eindruck erwecken, ich sei als Vorgesetzter Polls mit der Angelegenheit befaßt gewesen. Das Ganze war ein interner Vorgang der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, in der es mehrere direkte Vorgesetzte von Herrn Poll gibt."

## EXTRA-DOKUMENTATION

### HUMANISTISCHE UNION: VERFASSUNGSSCHUTZ-GESETZ REVIDIEREN

Der Bundesvorstand der Humanistischen Union hat die Innenminister und die Mitglieder des Rechts- und Innenausschusses des Bundestages aufgefordert, das Verfassungsschutz-Gesetz aus dem Jahre 1950 zu revidieren und notfalls aufzuheben. In dem Brief heißt es: "Wie die Praktizierung des Gesetzes beweist, bedarf sein Wortlaut jedenfalls unbedingt einer Anpassung an die Erfordernisse des Grundgesetzes. Hierzu gehört nach Ansicht der Humanistischen Union: 1. das Verbot hinterlistiger und täuschender Maßnahmen, zum Beispiel der Einschleusung sog. 'Vertrauensleute'; 2. das Verbot der Verwertung von Agenten-Aussagen ohne Gegenüberstellung mit dem Betroffenen; 3. ein dem Grundgesetz entsprechender Rechtsschutz des einzelnen gegen Verletzung seiner Rechte durch die öffentliche Gewalt.

Begründung: 1. Die Versuche von Verfassungsschutzämtern, 'Vertrauensleute' in politische oder berufsständische Organisationen einzuschleusen, haben zu einer schweren Beunruhigung der deutschen Öffentlichkeit geführt. Menschliches Vertrauen, das die Grundlage allen sozialen Lebens ist, wird untergraben, wenn der Bürger ständig eine Überwachung befürchten muß. Wie können junge Menschen eine freie und offene Gesell-

schaft gestalten, wenn sie von früh an lernen müssen, anderen nicht über den Weg zu trauen und ständig auf der Hut zu sein? Die Grundrechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf freie Meinungsäußerung, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, werden illusorisch. Die Strafprozeßordnung verbietet für Vernehmungen aller Art der Polizei jede Täuschungshandlung und verwirklicht damit das Gebot des Grundgesetzartikels Nr. 1, die Würde jedes Menschen zu achten. Das Einschleusen von Personen, die in das Vertrauen anderer dringen und das Vertrauen brechen, stellt eine solche Täuschungshandlung dar. Was für den Strafprozeß rechtens ist, muß für den Verfassungsschutz, der im Vorfeld krimineller Betätigung arbeitet, erst recht gültig sein.

2. Der Wahrheitswert von Ermittlungsergebnissen, die auf die Spitzeltätigkeit bezahlter 'Vertrauensleute' zurückgehen, ist schon wegen der Zwielfichtigkeit der Charaktere, die sich zu einer solchen Schnüffel- und Verrätertätigkeit bereit finden, minimal, zumal der betroffene Bürger kein Recht auf Gehör und Entgegnung genießt. Aber selbst der etwaige Beweiswert einer Denunziation wiegt nicht die Schäden auf, die einer freiheitlichen Gesellschaft durch solche Praktiken erwachsen. Der Schutz der Würde des Menschen, den das Grundgesetz allen staatlichen Gewalten zur Pflicht macht, umfaßt besonders die Privatsphäre des einzelnen. In sie wird durch die Anwendung sog. 'Vertrauensleute' in jedem Einzelfall, aber auch allgemein durch die Verbreitung von Angst und Mißtrauen unter den Staatsbürgern eingegriffen.

3. Der Verfassungsschutz unterliegt weder verwaltungsrechtlicher noch parlamentarischer Kontrolle. Dies widerspricht dem Grundgesetz. Das im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung vorgeschlagene Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sieht eine Nachprüfung der administrativen Überwachungsmaßnahmen wenigstens durch ein parlamentarisches Organ vor. Schongegen die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Verfahrensweise bestehen schwerwiegende Bedenken; aber nicht einmal die hier vorgesehenen - nach dem Grundgesetz unzulänglichen - Kontrollmaßnahmen gelten für den Verfassungsschutz und seine 'Vertrauensleute'."

#### EXTRA-DOKUMENTATION

#### HEINZ THEO RISSE: FRANKREICH UND DIESSEITS DES RHEINS

Der in Köln lebende Publizist Heinz Theo Risse hat in "atomzeitalter", der in der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt erscheinenden Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Politik, folgende Analyse der Situation in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht:

---

### Revolution?

---

Es bedarf anscheinend in vielen Ländern nurmehr eines auslösenden Anlasses, damit ähnliche Protestbewegungen der Studenten in Gang kommen, wie sie bisher vor allem in den USA, in der Bundesrepublik, in Polen und in Italien zu verzeichnen sind. Frankreich ist jedoch das erste Land, in dem sich Teile der Bevölkerung spontan mit den Studenten solidarisierten. Die beispiellose Härte, mit der die Polizei eingriff, als die Demonstrationen der Sorbonne-Studenten von Nanterre auf das Quartier Latin übersprangen, reichte aus, um viele Bürger, vor allem auch Arbeiter, empört auf die

Straße zu bringen. Dabei zeigte sich, wieviel demokratisches Bewußtsein von den Rechten der Bürger unter der Decke des gaullistischen Regimes lebendig geblieben ist. Der Unterschied zur Bundesrepublik liegt auf der Hand: hier ein formal intaktes parlamentarisches System, aber bei der Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der organisierten Arbeitnehmerschaft, Unverständnis und Distanz gegenüber der studentischen Revolte und deren Beweggründen; dort ein Ein-Mann-Präsidialregime, weitgehende Entmachtung des Parlaments und dazu ein - bis vor kurzem - willfähiger Staatsrundfunk, aber zugleich soviel politische Instinktsicherheit der Linksruppen, daß der Stellenwert der Studentenrevolte und die Chance, die sie bot, sofort richtig eingeschätzt werden konnten.

War spontane Solidarisierung vieler einzelner mit den Studenten das erste bemerkenswerte Ereignis, so reagierten auch die Gewerkschaften, vor allem die C.F.D.T.,

der früher christlich firmierende Gewerkschaftsbund, und der Gewerkschaftsbund Force Ouvrière mit überraschender Schnelligkeit, als sie zu einem eintägigen Sympathiestreik für die studentischen Forderungen aufriefen. Ironischerweise brauchte die kommunistisch geführte C.G.T. am längsten, um die Vorgänge richtig zu interpretieren. Das Dogma von der Führungsrolle des Proletariats stand da offenbar im Wege. Freilich geschah diese schnelle Solidarisierung nicht von ungefähr - und insofern sind allzu voreilige Vergleiche mit der Bundesrepublik hier verfehlt: Schon seit langem hatte die fast systematische Verweigerung wirklicher Mitspracherechte bei der Planifikation und in der Sozialpolitik die Distanz der Gewerkschaften zum Regime in zunehmendem Maß verstärkt; vor allem aber haben sich während der zehn Jahre gaullistischer Herrschaft die politischen Kräfte immer mehr polarisiert, so daß eine relativ intakte und aktionsfähige Linke vor-

handen war, welche die Gunst der Stunde nutzen konnte.

Tatsächlich war für einen Augenblick die Revolution in Sicht. Ein so scharfsinniger Beobachter wie Peter Scholl-Latour erinnerte an die Große Französische Revolution und sah erneut – in konträrem Gegensatz zur Vision de Gaulles – die historische Rolle Frankreichs bestätigt. Auch die linkskatholische Zeitung »Témoignage Chrétien« schrieb: »Wir erleben eine Revolution, wir nehmen an einer gestern noch unvorstellbaren Umwälzung teil, an einer totalen Umkehrung des Systems und der Wahrheiten, welche das Establishment für unantastbar gehalten hat. Studenten und Professoren haben eine kulturelle Revolution in Gang gebracht, und sie ziehen mehr und mehr, aber unwiderstehlich, die Gewerkschaften und die französische Linke mit sich. Die 800 000 Demonstranten des 13. Mai ... forderten nicht dies oder jenes, sie stellten vielmehr die bestehende Ordnung selbst radikal in Frage und kündigten an, was morgen sein wird. Diese unsere Gesellschaft, die unter dem Zeichen des Konsums, der individuellen Bereicherung, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen steht, – diese Gesellschaft wird radikal infragegestellt.« Die große Streikbewegung, zu der die Gewerkschaften schließlich aufriefen und die immer mehr den Charakter eines Generalstreiks annahm, schien solchem revolutionärem Pathos recht zu geben. Aber wenn nicht alles täuscht – zur Stunde, da dies geschrieben wird, ist noch nicht abzusehen, was geschehen wird –, hat mit dem Streikaufruf der Gewerkschaften bereits die Distanzierung von der Studentenrevolte und deren notwendigerweise etwas anarchistischen Zügen eingesetzt. Mehr noch, indem die Gewerkschaften nicht nur zur äußersten Disziplin aufriefen, um der Staatsgewalt keinen Vorwand zum Eingreifen zu liefern, sondern nun auch ihre eigenen Ziele in den Vordergrund stellten, haben sie den spontanen Protest gleichsam »umfunktioniert«: Außer von den Kommunisten wird eben nicht mehr »das System infragegestellt«, wie »Témoignage Chrétien« meinte, sondern »dies und jenes« aus dem vertrauten Katalog gewerkschaftlicher Forderungen hervorgeholt. Wenn auch noch der Mißtrauensantrag gegenüber der Regierung Pompidou, wie zu vermuten ist, mit knapper Mehrheit abgelehnt wird, sind vollends die scheinbar revolutionären Energien erneut in die etablierten Kanäle des »Systems« geleitet und damit – welche Einzelerfolge und Reformen in Zukunft auch immer erzielt werden mögen – im Grunde domestiziert.

Die vorläufige Lehre, die aus den Vor-

gängen in Frankreich zu ziehen ist, ist daher die gleiche, wie sie sich in den linkssozialistischen Theorien über Motivation und Ziele der Studentenrevolten findet: Revolutionen im klassischen Sinn sind in

hochentwickelten Industrieländern äußerst unwahrscheinlich, wenn nicht überhaupt unmöglich geworden. Wenn dies einer organisierten Linken wie der französischen nicht gelingt, ja, wenn sich diese Linke im Grunde doch als Teil des etablierten Systems versteht und verhält, das auch sie nur partiell verändern will und kann (und damit doch letztenendes erneut stabilisiert), dann sollte diese Erfahrung auch die linken Studenten und ihre Wortführer zu äußerster Nüchternheit in der Einschätzung der gesellschaftlichen Lage und ihrer eigenen Möglichkeiten veranlassen. (Vgl. hierzu auch den Kommentar »Dutschke« in atz 12/67.)

Das ist indessen nur die eine Seite. Gerade das Beispiel Frankreichs bestätigt indirekt, daß die neue intellektuelle Linke und ihr Protest gegen die etablierte Ordnung vor einem viel weiteren Horizont zu sehen sind, als ihn selbst die etablierten Linksgruppen gegenwärtig begehen. Wie unterschiedlich die Anlässe und auslösenden Faktoren auch sein mögen, – von Berkeley bis Warschau, von Hamburg und Berlin bis Rom und Madrid rebelliert hier eine Generation nicht so sehr gegen die »Väter«, sondern, mit der Vision einer humanen Gesellschaft vor Augen, gegen die gegenwärtigen Strukturen des industriellen Systems selbst, sei es kapitalistisch oder sozialistisch organisiert. Daß dieses System einen Krieg, wie ihn die USA in Vietnam führen, zuläßt, daß es Hunger, Elend und Ausbeutung nicht hinreichend zu bekämpfen oder zu beseitigen vermag, wird zum Anlaß, es selber infragezustellen. Auch Notstandsgesetzgebung und Große Koalition in der Bundesrepublik gelten den rebellierenden Studenten mehr als Symptome, deren Beseitigung oder Ende das System selbst noch lange nicht für sie akzeptabel machte. Diese Ablehnung und jene Vision konstituieren, wie romantisch oder anarchistisch die Ausdrucksformen des Protests im einzelnen gelegentlich sein mögen, eine informelle weltweite Solidarität.

Der Vision einer befriedeten, von Herrschaft und Ausbeutung freien Weltgesellschaft steht bei den wachsten Studenten die Erkenntnis gegenüber, daß die notwendigen entscheidenden Veränderungen des etablierten Systems nicht mehr mit den Spielregeln, Methoden und Institutionen der parlamentarischen Demokratie zu schaffen sind. Der Protest, die Provokation hat also im Grunde vorerst nur ein

doppeltes Ziel: Sie sollen einmal auf die gesellschaftlichen Notstände und zum andern auf die Unfähigkeit des Establishments hinweisen, mit ihnen fertigzuwerden. Damit müssen sie heute freilich vielfach ins Leere stoßen. Das etablierte System, mit der Ordnung von Detailproblemen oder, anders ausgedrückt, mit einer Fülle von Teilrationalisierungen unter Beibehaltung einer insgesamt selbst anarchischen, von irrationalen Motiven gesteuerten Gesamtpolitik befaßt, möchte den Protest in die engen, glatten Kanäle der systemimmanenten Teilreformen hineinzwängen und ihn dort zur Mitarbeit, das heißt aber letztlich: zur Stabilisierung des Gesamtsystems benützen. Zwischen dem totalen Protest und der partiellen Reformwilligkeit klafft also eine Lücke, die gegenwärtig nicht überbrückt werden kann. Das wahrhaft Neue an den Vorgängen in Frankreich besteht darin, daß sie handgreiflich lehren, wie sehr sogar die Linke, wie sehr auch die kommunistischen Parteien und Gewerkschaften Träger des Establishments sind.

Es wäre bequem, diese ganz neue Polarisierung der Kräfte zugunsten des totalen Protests des partiellen Reformwillens aufzulösen; sie gehört vorläufig zu den Kennzeichen der entwickelten industriellen Gesellschaft selbst. Über eines müßten sich freilich auch die Kräfte der etablierten Linken klar werden: wie notwendig und berechtigt es ist zu zeigen, daß diese Konsistenz des Systems an exemplarischen Stellen erschüttert werden kann. Nur die Macht der Negation – mögen die Marxisten sagen – bringt den Prozeß der Geschichte voran; nur Beunruhigung – würden die andern sagen – kann das allgemeine Bewußtsein allmählich verändern. Es ist freilich gerade dem SDS in der Bundesrepublik vorzuwerfen, daß er bei seinen Aktionen dieses Ziel oft aus den Augen verliert: In seiner Theorie fehlt eine ganze Dimension, nämlich die der Sozialpsychologie, der Rhetorik und der »Pädagogik«. Ist es dennoch zuviel gesagt, daß sich in den Studentenrevolten die Durchführung der formalen liberalen und sozialen Demokratie vertrauten Mustern und der formalen sozialistischen Demokratie ankündigt, daß zumindest deren Überwindung als möglich erscheint? Die revoltierenden Studenten haben, und das ist vielleicht überhaupt ihr entscheidender Beitrag, zwar nicht als erste begriffen, aber als erste in politische Bewegung umgesetzt, was man das Bewußtsein von der Plastizität der nachindustriellen Gesellschaft nennen könnte, einer Plastizität, die sie zugleich nicht wertfrei verstehen, sondern in Richtung einer humanen Gesellschaft genutzt sehen möchte. *Heinz Theo Risse*

## DER LINKE RADIKALISMUS - DIE KINDERKRANKHEIT IN DER AUSSERPARLAMEN- TARISCHEN OPPOSITION

In der internen Diskussion zwischen den einzelnen Gruppen und Angehörigen der Außerparlamentarischen Opposition ist das Problem des "linken Radikalismus" immer vor-  
dringlicher geworden und erfordert eine Stellungnahme. Uns scheint, daß diese Diskus-  
sion jetzt geführt werden sollte, und nicht erst dann, wenn sie uns von außen aufgezwun-  
gen wird. Die Ereignisse der letzten Wochen, insbesondere die Anti-Notstands-Aktionen  
als auch die 2. -Juni-Veranstaltung, offenbarten, daß die APO in einer Krise steckt. Ei-  
ne Krise, die wir nur durch eine ehrliche Analyse überwinden können:

### GEGEN KLEINBÜRGERLICHEN REVOLUTIONARISMUS

"Die Außerparlamentarische Opposition muß sich zuerst mit den Feinden innerhalb der  
eigenen Bewegung auseinandersetzen. Das bedeutet Absage an den kleinbürgerlichen Re-  
volutionarismus, der dem Anarchismus ähnelt oder manches von ihm entlehnt. Theore-  
tisch gilt es für Marxisten als durchaus feststehend und durch die Erfahrungen aller eu-  
ropäischen Revolutionen und revolutionären Bewegungen vollauf bestätigt, daß der Klein-  
bürger leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer,  
Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen. Der durch die Schrek-  
ken des Kapitalismus 'wild gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die  
ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständig-  
keit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Un-  
terwürfigkeit, Apathie und Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bür-  
gerlichen 'Mode'-Strömung fortreißen zu lassen - all das ist allgemein bekannt. Aber  
die theoretische, abstrakte Anerkennung dieser Wahrheiten bewahrt die revolutionären  
Parteien noch keineswegs vor den alten Fehlern, die stets aus unerwarteten Anlässen,  
in etwas neuer Form, in früher noch nicht gekannter Verhüllung oder Umgebung, unter  
originellen - mehr oder weniger originellen - Umständen auftreten."

### AUCH IN DEN GEWERKSCHAFTEN

"Gerade in den proletarischen Massen, den 'unteren Schichten', unter den Rückständigen,  
nimmt das Streben nach Organisation zu. Millionen von Arbeitern gehen von der  
vollständigen Unorganisiertheit zur elementaren, untersten, einfachsten (für diejenigen,  
die noch durch und durch von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen erfüllt sind) zugäng-  
lichsten Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaften, während die revolutionä-  
ren, jedoch unvernünftigen 'Linken' daneben stehen, 'Masse! Masse!' schreien - und  
sich weigern, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten! Sie tun das unter dem Vorwand,  
die Gewerkschaften seien 'reaktionär', und klügeln blitzsaubere Arbeiterräte aus, die  
unbefleckt sind von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen und frei von den Sünden zünft-  
lerischer, eng beruflicher Beschränktheit, die angeblich eine Massenorganisation wer-  
den sollen und die als Aufnahmebedingung nur (nur!) die 'Anerkennung des Rätensystems'  
fordern. Einen schlimmeren Unverstand, einen größeren Schaden für die Revolution, als  
ihn die 'linken' Revolutionäre anrichten, kann man sich gar nicht ausdenken. Denn die  
ganze Aufgabe der Revolutionäre besteht darin, daß sie es verstehen, die Rückständigen  
zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten, und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische  
'linke' Losungen von ihnen abzusondern.

Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder  
rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der  
Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der 'verbürgerten' Arbeiter überlassen.  
Gerade die absurde Theorie, wonach sich Linke an den reaktionären Gewerkschaften  
nicht beteiligen dürfen, zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig sich diese 'Linken' zur  
Frage der Beeinflussung der 'Massen' verhalten und wie sie mit ihrem Geschrei von den  
'Massen' Mißbrauch treiben. Will man der 'Masse' helfen und sich die Unterstützung  
der 'Masse' erwerben, darf man sich nicht fürchten vor den Beleidigungen und Verfol-

gungen seitens der 'Führer' (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Polizei in Verbindung stehen) und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind. Man muß jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen - und seien es auch die reaktionärsten - Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt. "

#### AUCH IN DEN PARLAMENTEN

"Die deutschen 'Linken' beantworten diese Frage mit größter Geringschätzung: Der Parlamentarismus ist 'historisch erledigt'. Im Sinne der Propaganda ist das richtig. Aber jedermann weiß, daß es von da bis zur praktischen Überwindung noch sehr weit ist. Den Kapitalismus konnte man bereits vor vielen Jahrzehnten, und zwar mit vollem Recht, als 'historisch erledigt' bezeichnen. Das enthebt uns aber keineswegs der Notwendigkeit eines sehr langen und sehr hartnäckigen Kampfes auf dem Boden des Kapitalismus. Der Parlamentarismus ist 'politisch erledigt'? Wäre das richtig, dann hätten die 'Linken' eine feste Position. Die deutschen 'Linken' haben entgegen der Meinung so hervorragender politischer Führer wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekanntlich schon im Jahre 1919 den Parlamentarismus für 'politisch erledigt' gehalten. Wie bekannt, haben sich die 'Linken' geirrt. Den 'Linken' obliegt es zu beweisen, weshalb ihr unbestreitbarer Fehler von damals jetzt aufgehört hat, ein Fehler zu sein. Es ist klar, daß die 'Linken' in Deutschland ihren eigenen Wunsch, ihre eigene ideologisch-politische Stellung für die objektive Wirklichkeit halten. Das ist der gefährlichste Fehler, den Revolutionäre machen können. Für uns ist der Parlamentarismus in der Bundesrepublik und in Westberlin natürlich 'politisch erledigt', aber es kommt gerade darauf an, daß wir das, was für uns erledigt ist, nicht als erledigt für die Klasse, nicht als erledigt für die Massen betrachten. Wir sind verpflichtet, nicht auf das Niveau der Massen hinabzusinken. Das ist unbestreitbar. Wir sind verpflichtet, ihnen die bittere Wahrheit zu sagen. Wir sind verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich sind wir verpflichtet, den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse, eben der ganzen werktätigen Klasse nüchtern zu prüfen.

Es ist sehr leicht, seinen 'Revolutionismus' nur durch Schimpfen auf den parlamentarischen Opportunismus, nur durch Ablehnung der Beteiligung an den Parlamenten zu bekunden, aber gerade weil das nur allzu leicht ist, ist es keine Lösung der schwierigen, überaus schwierigen Aufgabe. Es ist in Westeuropa schwerer als es für die Russen war, die sozialistische Revolution zu beginnen. Diese Schwierigkeit dadurch 'umgehen' zu wollen, daß man die schwere Aufgabe der Ausnutzung reaktionärer Parlamente zu revolutionären Zwecken 'überspringen' möchte, ist reinste Kinderei. Wir wollen eine neue Gesellschaft schaffen? Und wir fürchten Schwierigkeiten bei der Schaffung einer guten Parlamentsfraktion aus überzeugten Sozialisten im reaktionären Parlament? Ist das etwa nicht Kinderei?

Es ist zu befürchten, daß die Abspaltung der 'linken' Antiparlamentarier (die zum Teil auch Antipolitiker, Gegner der politischen Partei und der Arbeit in den Gewerkschaften sind) zu einer internationalen Erscheinung werden wird. Nun schön! Spaltung ist immerhin besser als Konfusion, die sowohl das ideologische, theoretische, revolutionäre Wachstum, den Reifeprozess der Außerparlamentarischen Opposition als auch ihre einmütige, wirklich organisierte, praktische Arbeit hemmt. "

#### DISZIPLIN UND ARBEIT

Strengste Disziplin ist eine der Hauptbedingungen für den Sieg über die Bourgeoisie. Wodurch wird sie aufrechterhalten? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewußtsein der revolutionären Avantgarde, ihrer Hingabe für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletari-

schen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in der Außerparlamentarischen Opposition, deren Aufgabe es ist, die bürgerliche Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden. Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce. Diese Bedingungen können aber andererseits nicht auf einmal entstehen. Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird erleichtert durch die richtige revolutionäre Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültig Gestalt annimmt."

#### EXTRA-DISKUSSION

#### KOMMUNE I: WER BEAT MACHT STIEHLT

Die Kommune I lieferte einen Rechtfertigungsbeitrag zu unserem Report "Eine Woche Notstand" von Martin Buchholz. Hier die Meinung der Kommune I, zu dem sie auch die oben abgedruckte Überschrift wählte:

"Macht Happening und schmeißt Genossen raus. Nicht jeder hat einen Buchholzkopf: Der Kampf für die Befreiung der Arbeiter ist Arbeit, harte Arbeit, zäh, unermüdlich. - Warum hört man dann eigentlich in letzter Zeit so wenig über die Apo?"

Weil sie nicht mehr marktschreierisch ist! Als wir ins Germanistische Seminar kamen, war alles schon 'vergesellschaftlichtes Produktionsmittel' geworden ("Bücherklauen ist konterrevolutionär" stand auf Plakaten, mit Reißzwecken festgemacht, damit nichts beschädigt wurde). Produktionsmittel? Das klingt nach Arbeiter, erst mal alles so lassen und dann zäh, langsam! Und was ist nachher, wenn wir wieder studieren? Dann ist der Spaß aus!

Nicht unser Problem - also machten wir vorläufig Eigenes. Schleppten die verödete Tonanlage vom soz. Straßentheater aus einer Kammer an die Außenfenster. Sender, das wollten doch alle schon mal? Machten zuerst Beat (immer die Internationale geht auch), dann auch Durchsagen, Meldungen (vielleicht haben wir den Tagesschauton nicht ganz getroffen), - und warteten auf die andern. Auf das Ergebnis harter Arbeit und Disziplin, auf die Analysen:

- Spielt wenigstens die Internationale, Kampflieder, sp. Bürgerkrieg (die Revolution ist wie 1919, bloß besser, dazu werden dieselben Lieder gesungen, bloß lauter und öfter!)
- Die Leute draußen müssen ja denken, das ist ein Jahrmarktsrummel (tiefer Ton: heute werden die Notstandsgesetze verabschiedet und ihr macht Beat hier) und 2 Notlügen:
  - Unten versteht man sein eigenes Wort nicht mehr, ihr brüllt die Diskussion nieder (ihr macht hier Terror, Terroristen!)
  - Wir verlierendie Abstimmung in der Vollversammlung mit eurer Musik (die nicht mitmachen, lassen uns fallen, wenn wir zu laut was machen!)

Die Analyse ergab: Abschalten! Das war nicht sendereif. Nur wir wußten was zu senden, bis am nächsten Tag der Rektor zur APO überlief: Ihm wars auch zu unpolitisch, hatte auch keine Beiträge zu machen, seine Analyse lautete auch: Abschalten. Also machte er uns den Strom aus. Wir reparierten, machten weiter, schmissen die vielen kleinen Rektoren raus, die das Zimmer füllten und nichts besseres wußten als aufhören.

Dann machte der Rektor dem ganzen Haus den Strom aus. Wir waren für Drohen, ein paar Bücher aus den Fenstern zu schmeißen, wenn nicht (einer unserer Büchervorschläge: nach Tegel verschenken, Gegenvorschlag: Stehenlassen!!). Und dann hatten wir einige Sprüche an die Wand gemalt ('Germanismus führt zum Faschismus' u. a. Gegenvorschlag: Zensur).

Wir hatten also die Nase voll und zogen aus, wir wollten das Institut verändern, die andern wollten es beschützen: Wohlrabes Schlägertrupps zogen unsichtbar ums Haus, die

